Ergebnisdokumentation

Integration im Dialog

Integration braucht (guten) Wohnraum

in

BERLIN MITTE

01. Februar 2018

15.00 - 21.30 Uhr

Pavillon am Jobcenter

Unter dem Motto „Integration braucht (guten) Wohnraum!“ beschäftigte sich „Integration im Dialog“ diesmal damit, wie die Wohn- und Unterbringungssituation Geflüchteter verbessert werden kann. Eines der aktuell dringlichsten Anliegen geflüchteter Menschen ist die Verbesserung ihrer Wohnsituation und der Umzug in privaten Wohnraum. Wohnraum in Berlin ist knapp, die Mietpreise steigen und überschreiten oftmals die als angemessen festgelegten Grenzen. Zwar werden gesamtstädtische Lösungen zur Unterbringung von geflüchteten Menschen gesucht und der Neubau von Wohnungen wird aktiv befördert, doch decken die laufenden Bauvorhaben den Bedarf an sozialem Wohnungsbau nicht und der Neubau ist meist nur mittel- bis langfristig zu realisieren. Die Sozialämter der Bezirksämter stoßen bei der Unterbringung der von Obdachlosigkeit Bedrohten aufgrund mangelnder Kapazitäten an ihre Grenzen. Das gilt insbesondere für das Bezirksamt Mitte, welches aufgrund der Zuständigkeitsregelungen im Verhältnis zu den anderen Bezirken für besonders viele Menschen zuständig ist. Ehrenamtliche Initiativen unternehmen große Anstrengungen, geflüchtete Menschen bei der Wohnraumsuche zu unterstützen, stoßen aber schnell an Grenzen bei Vermieterinnen und Vermietern und Verwaltung.

Bei der diesmal als Fachtag konzipierten Veranstaltung „Integration im Dialog“ wurde den Fragen nachgegangen, wie Verfahrensabläufe vereinfacht, Diskriminierung und Kriminalität verhindert und der Zugang für geflüchtete Menschen zu privatem Wohnraum erleichtert werden kann. Neben der Diskussion und Identifizierung von Herausforderungen und Handlungsbedarfen wurden bestehende Ansätze und Maßnahmen vorgestellt und Impulse an die Verwaltung und Politik gegeben, um Hürden abzubauen. An fünf Thementischen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bezirk, Jobcenter, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften behördliche Verfahren, Möglichkeiten am Wohnungsmarkt, die Hostelunterbringung oder

kreative Ideen zur Erschließung neuen Wohnraums diskutieren. Die Ergebnisse wurden anschließend im Rahmen einer Fishbowl-Diskussionsrunde an Verantwortliche der Berliner Politik und Verwaltung übergeben.

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Andreas Germershausen, der Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel, der Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit von Mitte, Ephraim Gothe, und das Integrationsbüro Mitte hatten die Bürgerinnen und Bürger von Mitte, Organisationen und Initiativen, die sich für die Belange Geflüchteter einsetzen, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung am 01. Februar zu der Dialogveranstaltung eingeladen.

Mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich beteiligt und Lösungsstrategien erarbeitet.

Integration im Dialog

Inhalt

1. Programm 06

2. Leitfragen 08

3. Thementischergebnisse 10

Tisch 1
Ankommen und Bleiben – was braucht Integration im Bezirk? 10

Tisch 2
Zugang zum eigenen Wohnraum erleichtern, Spielräume zur Optimierung behördlicher Verfahren nutzen 16

Tisch 3
Wohnungsknappheit! Die Folgen für Vermieterinnen und Vermieter und Wohnungssuchende und was sich doch noch bewegen lässt 21

Tisch 4
Hostelunterbringung besser gestalten! 26

Tisch 5
Ideenschmiede – Wege zum Wohnraum neu denken! 33

4. Kontaktdaten der Ansprechpersonen im Bezirksamt Mitte von Berlin 38

5. Anhang 1: Berliner Flüchtlingsmanagement für eine wachsende Stadt. Vortrag von Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Mitte von Berlin 41

6. Anhang 2: Wohnbrücke – So gelingt Integration! Vortrag von Anne Woywod, Vorsitzende der „Stiftung Wohnbrücke“ in Hamburg 79

1. Programm

15.00 Uhr Einlass und Registrierung

15.30 Uhr Begrüßung
Stephan von Dassel, Bezirksbürgermeister
Andreas Germershausen, Integrationsbeauftragter des Berliner Senats

15.40 Uhr Input 1: Der lange Weg in die eigene Wohnung
Ein Erfahrungsbericht von Hassan-al-Ahmad

15.55 Uhr Input 2: Unterbringung von geflüchteten Menschen im Land Berlin und am Beispiel des Bezirks Mitte
Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit Bezirksamt Mitte von Berlin

16.10 Uhr Input 3: Wohnbrücke – So gelingt Integration!
Anne Woywod, Vorsitzende der „Stiftung Wohnbrücke“

16.25 Uhr Diskussion

Integration im Dialog

ab ca 16.40	Diskussionsrunden zu folgenden Themen:
	Tisch 1 Ankommen und Bleiben – was braucht Integration im Bezirk?
	Tisch 2 Zugang zum eigenen Wohnraum erleichtern Spielräume zur Optimierung behördlicher Verfahren nutzen
	Tisch 3 Wohnungsknappheit! Die Folgen für Vermieterinnen und Vermieter und Wohnungssuchende und was sich doch noch bewegen lässt
	Tisch 4 Hostelunterbringung besser gestalten!
	Tisch 5 Ideenschmiede – Wege zum Wohnraum neu denken!
18:30 Uhr	Fishbowl „Integration braucht (guten) Wohnraum!“ Präsentation der wichtigsten Ergebnisse der Thementische, Diskussion der Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen
ca. 20.00 Uhr	Netzwerken und informelle Diskussion bei Brezeln und Getränken

2. Leitfragen

Tisch 1

- Wie ist die Situation heute?
- Wie geht es weiter in den Bezirken?
- Welche Unterstützung wird benötigt?
- Bei welchen Themen geht es voran, wo braucht es möglicherweise andere Ansätze?

Tisch 2

- Welche behördlichen Verfahren stellen Herausforderungen bei der Anmietung vom Wohnraum dar? Welche Verfahren lassen sich beschleunigen oder vereinfachen?
- Wie funktioniert die Zusammenarbeit der Behörden?
- Inwiefern kann die Zusammenarbeit der Behörden mit Ehrenamtsinitiativen und verbessert werden?

Tisch 3

- Durch welche Maßnahmen kann der Zugang für Geflüchtete in bestehenden Wohnraum erleichtert werden?
- Wie kann Diskriminierung verhindert werden und wie können sich Einzelne dagegen wehren?
- Wie kann Betrug verhindert werden und wie geht man damit um?

Tisch 4

- Welche Qualitätsstandards müssen sichergestellt werden - und wie?
- Wie können besondere Bedarfe (Härtefälle) von Geflüchteten besser berücksichtigt werden?
- Wie kann die Sozialbetreuung sichergestellt werden?
- Welche Maßnahmen können die Integration in den Sozialraum erleichtern?

Tisch 5

- Auf welchen kreativen Wegen kann mittelfristig bezahlbarer Wohnraum gebaut oder erschlossen werden?
- Wo werden Innovationsbremsen gesehen und wie können diese gelöst werden?
- Was und wen braucht es dafür?

Integration im Dialog

Thementisch-Ergebnisse

Tisch 1 Ankommen und Bleiben – was braucht Integration im Bezirk?

Ziele

Anregungen, Kritik und Ideen derjenigen sammeln, die sich engagieren. Die Impulse aus den Bezirken nutzt der Integrationsbeauftragte intensiv, um das Gesamtkonzept des Senats für die Integration und Partizipation der Geflüchteten weiter zu entwickeln.

Leitfragen

- Wie ist die Situation heute?
- Wie geht es weiter in den Bezirken?
- Wie gestaltet der Senat seine Flüchtlingspolitik?
- Welche Projekte funktionieren gut?
- Welche Unterstützung wird benötigt?
- Bei welchen Themen geht es voran, wo braucht es möglicherweise andere Ansätze?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a.

Andreas Germershausen, Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin
Stephan Winkelhöfer, Integrationsbeauftragter, Bezirksamt Mitte

Protokoll

An Tisch 1 wurde angeregt und konstruktiv diskutiert, was Integration im Bezirk braucht. Zu Beginn stellte der Integrationsbeauftragte von Mitte, Stephan Winkelhöfer, sich und seine Arbeit vor. Integration sei für seinen Bezirk kein neues Thema, denn die Hälfte der hier lebenden Bevölkerung habe einen Migrationshintergrund. Winkelhöfers Ziel ist es, diese Vielfalt in seinem Bezirk zu gestalten, vor allem das Ankommen der Geflüchteten. Strukturen schaffen, soziale Bedarfe erkennen und frühkindliche Bildung

fördern. Seiner Ansicht nach müsse sich aber auch die Verwaltung interkulturell öffnen beziehungsweise dafür sensibilisiert werden.

Im Anschluss richtete Andreas Germershausen, Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin, sein Wort an die Runde und erläuterte die drei Leitlinien seiner Arbeit: Partizipation, kulturelle Öffnung und Ombudsrolle. Dazu gehörten bspw. die Integrationslotsinnen und Lotsen, Beratungsangebote oder Projektförderung.

Ein Teilnehmer, gebürtig aus Algerien und seit 27 Jahren in Berlin, lenkte die Diskussion zu Beginn auf die Frage, ob sich die Migrantinnen und Migranten, die schon seit Jahrzehnten hier leben, integriert haben. Oft würden staatenlose Palästinenserinnen und Palästinenser fragen, wie sie ihre langfristigen Aufenthaltsperspektiven sichern können. Germershausen sagte, dass diese Einwanderungsgruppe lange vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurde. Dafür benötige es nachholende Integration die Zuwanderung bejaht, eine schnelle Sprachvermittlung, Anerkennung der Qualifikationen und Förderung derselben.

Die Integrationsbeauftragte vom Jobcenter Mitte ging wieder einen Schritt zurück und warf die Frage auf, was wir überhaupt unter Integration verstehen? Sie wünschte sich, dass Menschen, die für Integration einen längeren Zeitraum benötigen, als von der Verwaltung vorgesehen, spezielle Lösungen angeboten würden. „Jeder Mensch ist anders, jede Integration verläuft anders, es gibt keinen Königsweg“, so die Integrationsbeauftragte. Dafür fehle aber eine Übersicht mit generellen Angeboten, um mögliche Schnittstellen zu identifizieren.

Stephan Winkelhöfer antwortete, dass eine bessere Sichtbarkeit der Hilfsangebote wünschenswert sei und man die Wertschätzung der neuen Berlinerinnen und Berliner

besser nach außen transportieren müsse. Gelungene Integration sei für ihn, dass eine Gesellschaft flexibel reagiert und beispielsweise Verwaltung und Wirtschaft Abschlüsse einfacher anerkennen. Bei der Integration von alteingesessenen Migrantinnen und Migranten könnten weitere kultursensible Angebote zum Beispiel in der Altenpflege helfen. Zudem mache die Migrationsberatung einen guten Job.

Frau Otte von der AWO berichtete, dass sie bei ihrer Arbeit in der Migrationsberatungsstelle immer beide Gruppen im Blick habe. Parallel zu der hohen Einwanderung der jüngsten Zeit aus dem Nahen Osten kämen stetig auch andere Personengruppen, zum Beispiel aus Polen oder Italien. „Ich würde mir wünschen, dass mehr Werbung für Einbürgerung gemacht und verwaltungstechnische Hindernisse abgeschafft würden. Damit könnte signalisiert werden, dass die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger dazugehören“, so Frau Otte.

Eine Teilnehmerin vom Verband interkultureller Arbeit machte auf Unterschiede innerhalb der immigrierten Communitys aufmerksam. Ihrer Meinung nach ist der Wunsch nach Integration und Partizipation in den unterschiedlichen Generationen unterschiedlich stark ausgeprägt. Erschwerend für eine gelingende Integration seien auch Spannungen zwischen verschiedenen Einwanderungsgruppen, etwa zwischen Europäern und Menschen aus Drittstaaten.

Die Integrationsbeauftragte vom Jobcenter Mitte betonte im Anschluss, dass nicht alle Geflüchteten bildungsnah und sprachgewandt seien. Man müsse das einfach akzeptieren. Deswegen plädierte sie dafür, generelle Informationen nicht nur in Deutsch, sondern auch in den Sprachen möglichst vieler Herkunftsländer zur Verfügung zu stellen, um Behördengänge zu erleichtern und „den Druck herauszunehmen“. Berufliche Kenntnisse könnten auch auf B1-Sprachniveau

vermittelt und der Fokus mehr auf praktische Anleitungen gelegt werden. „Ich glaube nicht, dass jeder von uns mit seinen Fremdsprachenkenntnissen einen Beruf erlernen könnte."

Svenja Arenz von der Stadtmission begleitete viele Monate lang einen Deutschkurs und stellte fest, dass viele Geflüchtete kaum Kontakt zu Deutschen hätten. Sie wünschte sich, dass die verschiedenen Hilfsangebote direkt in den Integrations- und Deutschkursen vorgestellt würden. Denn da hätte man die Menschen alle an Ort und Stelle. Auch sie befürwortete eine Ausweitung niedrigschwelliger Angebote.

Integration brauche auch Begegnungen, etwa über Paten oder Nachbarschaftszentren, sagte ein Vertreter des Humanistischen Verbandes Deutschland. Ein Teilnehmer aus Moabit hielt niedrigschwellige Angebote wichtig für beide Seiten, um Schwellenängste abzubauen. Dafür können beispielsweise Kulturangebote gut genutzt werden. Auch der Integrationsbeauftragte des Bezirks begrüßte gelebte Nachbarschaft. Doch sei es nicht so leicht, Begegnungsräume zu schaffen. „Denn die meisten treffen sich auf Arbeit, in Vereinen oder übers Ehrenamt." Als schädlich für gelungene Integration sah Winkelhöfer, dass Geflüchtete oft nach einem erfolgreich absolvierten Deutsch- oder Integrationskurs noch jahrelang in einer Unterkunft leben müssten und man sie sich allein überlasse.

Ein Vertreter vom Moscheeverein „Haus der Weisheit" aus Moabit fragte nach, wie Nachbarschaft gefördert werden könne. Winkelhöfer versprach, dass es Sachmittel für konkrete Aktionen und Nachbarschaftsangebote im Bezirk gebe. „Unser Ziel ist es, dauerhafte Strukturen aufzubauen", so der Integrationsbeauftragte von Mitte.

Dass Berlin aus jahrzehntelanger Erfahrung mit Einwanderung lernt, wünschte sich die Integrationsbeauftragte vom Jobcenter Mitte. Zudem brauche man eine konkrete Zielplanung und die Gesellschaft müsse mitgenommen werden. Wichtig sei es auch, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Anforderungen an Arbeitskräfte zurückschrauben und dass die Verwaltung Bürokratie abbaue. „Das wäre auch für uns Bürger ein Zugewinn."

Um Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen, seien auch Zwischenlösungen wie Praktika oder ein freiwilliges soziales Jahr hilfreich. Von einer Teilnehmerin wurde angemerkt, dass es manchmal Probleme bei der Anerkennung dieser Freiwilligendienste durch das Jobcenter gegeben habe.

Abschließend betonte Andreas Germershausen, dass zur Integration auch gehöre, dass Geflüchtete Kritik äußern könnten. Und: „Berlin soll Vielfalt zulassen und auch stolz auf das sein, was bereits erreicht wurde."

Protokoll: Julia Raunick, Mitarbeiterin „Integration im Dialog"

Integration im Dialog

Tisch 2 Zugang zum eigenen Wohnraum erleichtern - Spielräume zur Optimierung behördlicher Verfahren nutzen

Ziele

Raum ausloten, um behördliche Verfahren zu optimieren, um den Zugang zu Wohnraum erleichtern; ggf. Forderungen an die Politik und Verwaltung formulieren, um Vorgaben oder gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen oder wo nötig zu schaffen

Leitfragen

- Welche behördlichen Verfahren stellen Herausforderungen bei der Anmietung vom Wohnraum dar? Welche Verfahren lassen sich beschleunigen oder vereinfachen?
- Wie funktioniert die Zusammenarbeit der Behörden?
- Inwiefern kann die Zusammenarbeit der Behörden mit Ehrenamtsinitiativen und verbessert werden?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a.

Hr. Gölitz, Jobcenter Mitte, Teamleiter Leistungsabteilung
Fr. Korsig, LAF, Leiterin Annahme/Vermittlung von Wohnraum
Hr. Rinner, Bezirksamt Mitte, Amtsleitung Bürgerdienste
Fr. Fleischer, Bezirksamt Mitte, Wohnungsbindung
Fr. Herz, Leiterin Geschäftsbereich 1 (Reinickendorf, Wedding, Charlottenburg-Wilmersdorf), GESOBAU AG

Protokoll

Thementisch 2 stand unter der Überschrift „Zugang zum eigenen Wohnraum erleichtern – Spielräume zur Optimierung behördlicher Verfahren nutzen“ und sollte unter anderem die Frage beantworten, welche Verfahren sich bei der Anmietung von Wohnraum beschleunigen oder vereinfachen lassen. Auch die Zusammenarbeit der Behörden untereinander nahm einen breiten Raum ein. Moderiert von Angelika Warning, Schauspielerin und Ehrenamtliche in der Sozialkommission Wohnen sowie Honorarkraft in der Wohnraumakquise für Geflüchtete Menschen des Bezirksamtes Mitte, entspann sich eine lebendige und lebhafte Diskussion.

Der Teamleiter der Leistungsabteilung im Jobcenter Mitte, Steffen Gölitz, berichtete zunächst, was in seiner Dienststelle bei der Suche nach Wohnraum für Geflüchtete gut funktioniert. Die Betroffenen erhalten vom Jobcenter Wohnungsangebote, nachdem die Mitarbeitenden geprüft haben, ob alle Kriterien erfüllt sind. Ist das der Fall, bekommen die Wohnungssuchenden die Zusicherung der Kostenübernahme, auch für die Kautionsübernahme. Sogar die Erstausstattung der Wohnung könne beantragt werden. Wenn sprachliche Barrieren bestehen, kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters auch darum, dass Sprachmittlerinnen und Sprachmittler zur Verfügung stehen.

Die Gäste formulierten als Kritikpunkte, dass die Ermessensspielräume nicht immer ausgenutzt würden. Für Jugendliche sei es oft noch schwerer Wohnraum zu finden. Auf den Hinweis, dass das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Spätöffnungszeiten einrichten sollte, wusste die Leiterin Annahme/Vermittlung von Wohnraum beim LAF, Elisabeth Korsig, zu berichten, dass jetzt auch zwischen 14.00

und 16.00 Uhr beraten wird. Den Besuchern des Thementisches war das zu wenig. Sie regten Öffnungszeiten auch nach 18.00 Uhr an.

Pauschalierte Anfragen, mit denen viele Geflüchtete sich um eine Wohnung bewerben, reichen den Vermieterinnen und Vermietern oft nicht aus. Irina Herz, Leiterin Geschäftsbereich 1 bei der GESOBAU AG sagte, es brauche konkrete Zusicherungen. Sie monierte, dass die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oft keine Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im LAF haben, um kurzfristig offene Punkte abzustimmen. Anderen Teilnehmenden dauerte die Bearbeitungszeit der Jobcenter zu lange. Auf die Frage, ob es ein Zeitlimit für die Beantwortung von Anfragen geben würde, erklärt Steffen Gölitz, dass dies nicht der Fall sei. Die Kontaktaufnahme mit den jeweiligen Beraterinnen und Beratern sei allerdings ohne weiteres möglich – auf den Infobögen, die die Wohnungssuchenden mit sich führen, stehen immer auch die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Immer wieder drehten sich Fragen um den Komplex „Ermessensspielraum“. Eine Teilnehmende berichtete, dass bereits 5,- Euro über der Mietobergrenze dazu führen würden, dass der Mietvertrag nicht zustande kommt. Selbst dann nicht, wenn der Wohnungssuchende den Differenzbetrag selbst tragen würde. In der AV-Wohnen, sagten die Expertinnen und Experten vom LAF und aus dem Bezirk, gebe es seit dem 1. Januar 2018 die Chance, Ermessenspielräume zu nutzen. Ein entscheidendes Stichwort ist hier die „Umzugsvermeidungspauschale“. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten stellte aber auch klar: bei einem Erstbezug gibt es keinen Ermessensspielraum.

Einen runden Tisch von Wohnungsbaugesellschaften, LAF, Jobcenter und Bezirk, der angeregt wurde, gibt es bereits. Hier finden viele Abstimmungen statt. Neu ist die Idee

eine Meldestelle einzurichten. Diese könnte den Prozess der Wohnungssuche noch besser strukturieren und koordinieren. Bei Schwierigkeiten könnte die Meldestelle nach Lösungen suchen, die Mitarbeitenden dort hätten Kontakte zu allen Akteurinnen und Akteuren und wären optimal vernetzt. Ein weiterer Vorschlag setzte sich mit schnelleren Verfahren auseinander. Dafür sei eine Kooperation zwischen Fach- und Sozialämtern notwendig. Zum Ende der Diskussionsrunde kam das Thema „Wohnberechtigungsschein“ auf. Teilnehmende äußerten die Vermutung, die Vergabe eines WBS sei vom Aufenthaltsstatus abhängig. Petra Fleischer, für Wohnungsbindung im Bezirksamt Mitte zuständig, und Karola Keitel, Revision/Controlling der Kosten von Unterkünften im Bezirksamt Mitte, erläuterten, dass wenn es um den subsidiären Schutz von Geflüchteten gehe, die Wohnungsämter nicht über den Aufenthaltsstatus entscheiden würden. Teilnehmende plädierten dafür, dass ein WBS künftig schneller und leichter zu bekommen sein sollte. Denkbar sei auch, dass die Ausländerbehörde ein Zusatzpapier ausstellt und damit beispielsweise eine Verlängerung des WBS zu einem früheren Zeitpunkt ermöglicht.

In einer Schlussrunde wurden weitere Ideen und Anregungen gesammelt:

- Zuzahlungen zu höherer Miete sollten möglich sein.
- Zwei Ein-Zimmer-Wohnungen sollten pragmatischer zusammengelegt werden können, damit sich dann zwei Personen diese Wohnung teilen können.
- Ein Vertreter des Vereins „Be an angel“ regte an, dass es eine städtische Darlehensstelle geben sollte, bei der private Helferinnen und Helfer Unterstützung erhalten können.

Protokoll: Thomas Reckermann, Mitarbeiter „Integration im Dialog“

Integration im Dialog

Tisch 3 Wohnungsknappheit! - Die Folgen für Vermieterinnen, Vermieter und Wohnungssuchende und was sich doch noch bewegen lässt

Ziele

Vermieterinnen und Vermieter, Wohnungssuchende und Unterstützerinnen und Unterstützer tauschen sich über ihre Perspektiven aus, verstehen die Hürden der jeweils anderen Seite und benennen Lösungsansätze. An dem Tisch wird auch der Frage nachgegangen, wie Diskriminierung und Betrug auf dem Wohnungsmarkt entgegengewirkt werden kann und welche Handlungsoptionen in Fällen von Diskriminierung oder Betrug offen stehen.

Leitfragen

- Durch welche Maßnahmen kann der Zugang für Geflüchtete in bestehenden Wohnraum erleichtert werden?
- Wie kann Diskriminierung verhindert werden und wie können sich Einzelne dagegen wehren?
- Wie kann Betrug verhindert werden und wie geht man damit um?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a.

Hr. Hilgenfeld, Leiter Bereich Wohnungswirtschaft/-politik, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) e. V.
Hr. Stern, WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin - Mitte mbH
Hr. Glaubitz, degewo
Fr. Stritzke, EJF e.V., Wohnen für Flüchtlinge in Kooperation mit dem Bezirksamt Mitte
Dr. Aehnelt; Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH
Fr. Dr. Droste, Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten - fair wohnen“
Hr. Höpfner, Koordinator für interkulturelle Aufgaben, Polizeidirektion 3
Anne Woywod, Vorstand, Projekt Wohnbrücke Hamburg

Protokoll

Herr Hilgenfeld vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) gab eingangs einen Überblick über den Berliner Wohnungsmarkt: Insgesamt gebe es zwei Millionen Wohnungen in Berlin. Ca. 40.000 Wohnungen in der Stadt werden jährlich neu vermietet. 15.000-16.000 Wohnungen können im Jahr über kommunale Wohnungsbaugesellschaften neu vermietet werden. In diesem Bereich herrsche ein sehr großer Andrang**.** Bei den Genossenschaften gebe es zur Zeit keinen Leerstand, dafür sehr lange Wartelisten. 1.200 Wohnungen hat der BBU an Geflüchtete vergeben und sieht keine Möglichkeit, die Quoten für Geflüchtete zu erhöhen. Die Durchschnittsmiete des BBU beträgt 6,00 Euro pro m^2 . Bei der Vermittlung von Wohnraum an Geflüchtete gebe es allerdings auch erste Erfolge: Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten, dass im Einzelfall Wohnungsbaugesellschaften bereits von der „Ein Zimmer pro Kopf"-Regelung abweichen würden, um Geflüchtete in Wohnungen vermitteln zu können. Außerdem gebe es Pläne für eine Wohnungstauschbörse. Hintergrund war hier, dass manche Menschen allen/ zu zweit in großen Wohnungen wohnen und bereit sind, in kleinere zu ziehen. Da die Neuvermietung aber wesentlich teurer ist, würden sie sozusagen dafür bestraft. Daher müssen nicht nur Tauschpartnerinnen und Tauschpartner sondern auch gesetzliche Regelungen gefunden werden, gleiche Mietpreise zu garantieren. Das Grundproblem, dass es generell nicht genügend Wohnungen gebe, ließe sich so allerdings auch nicht lösen. Geflüchtete seien auch deshalb schwer zu vermitteln, weil sie hauptsächlich Ein-Zimmer-Wohnungen oder mehr als Vier-Zimmer-Wohnungen suchen würden und die seien sehr rar. Ein Teilnehmer berichtete, dass der Senat aktuell den Bau großer Wohnungen nicht fördern würde. Bemängelt wurde auch der Aufwand, den Anträge für WBS und WBS-plus erfordern würden. Wie schon in vielen anderen Bezirken, wurde auch in Mitte der Wohnungsschwarzmarkt kritisiert: Geflüchtete müssten oft

Bestechungsgelder zahlen um an Wohnungen zu kommen. Und auch in Mitte gebe es Diskriminierung bei der Vergabe von Wohnungen.

Handlungsempfehlungen

- Förderung von Wohnungsneubau durch den Senat. Auch für große Wohnungen! (bspw. für mehr als 4-Zimmer-Wohnungen)
- Anreize setzen, dass ältere Menschen aus größeren in kleinere Wohnungen ziehen können. Anreize für Wohnungstausch schaffen.
- Quartiersbezogene Netzwerke & institutionalisierter Dialog sind nötig. Die Vernetzung unterschiedlicher Stakeholder muss vorangebracht werden, um weitere Möglichkeiten zu finden und zu vermitteln. Es muss kreativ mit dem umgegangen werden, was da ist! Verschiedene Initiativen haben sich bereits bereiterklärt, einen derartigen runden Tisch zu organisieren.
- Schwarzgeldzahlungen müssen durch polizeiliche Anzeigen bekämpft werden. In Unterkünften und seitens der Polizei muss immer wieder und von Anfang an aufgeklärt werden, dass kein Schwarzgeld zu zahlen ist in Deutschland. Die Polizei kann nur Ermittlungen einleiten, sobald offiziell Anzeige erstattet wird.
- Diskriminierung kann bei der Wohnungsvergabe durch Wohnungsbaugesellschaften durch eine „Praxis fairen Vermietens“ verhindert werden. Diese setzt auf ein Losverfahren und die Einbeziehung mehrerer Verantwortlicher. Bspw. sollen zwei oder mehr Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter die Vergabe vorhandener Wohnungen in komplexen Rahmenbedingungen diskutieren.
- Die Komplexität bei der Wohnungsvergabe ist ebenfalls zu beachten, denn es darf in keine Richtung diskriminiert werden.

- Bereits bei der Wohnungsvergabe könne auf eine Durchmischung von Quartieren geachtet werden: Wenn bspw. drei Wohnungen an Geflüchtete vergeben wurden, sollten die nächsten zwei an andere Mieterinnen und Mieter vergeben werden.

Protokoll: Angelina Stercken, Mitarbeiterin „Integration im Dialog“

Integration im Dialog

Tisch 4 Hostelunterbringung besser gestalten!

Ziele

Maßnahmen identifizieren, die die Qualität der Hostelunterbringung absichern und die Anbindung der Menschen an Sozialbetreuung und in den Sozialraum sicherstellen.

Leitfragen

- Welche Qualitätsstandards müssen sichergestellt werden - und wie?
- Wie können besondere Bedarfe (Härtefälle) von Geflüchteten besser berücksichtigt werden?
- Wie kann die Sozialbetreuung sichergestellt werden?
- Welche Maßnahmen können die Integration in den Sozialraum erleichtern?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a.

Hr. Freynik, Gruppenleiter Flüchtlingsunterbringung, Sozialamt Bezirksamt Mitte
Hr. Matar, Sozialarbeiter Flüchtlingsunterbringung, Sozialamt Bezirksamt Mitte
Hr. Hornbogen, Projektleitung, Familienberatung in Hostels, Evin e.V.
Hr. Makhloufi, Flüchtlingsfürsprecher, i.A. Bezirksamt Mitte
Fr. Thöne, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Integration im Quartier
Fr. Moshourab, Koordination flüchtlingsrelevante Fragen im Gesundheitsamt Mitte

Protokoll

Die Diskussion war durch viele engagierte und konstruktive Beiträge gekennzeichnet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich unter der Moderation von Birgit Gust, Flüchtlingskoordinatorin im Bezirksamt Pankow, über Ihre Erfahrungen und Sichtweisen aus und formulierten Ideen für Lösungsansätze. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren überwiegend mit der Hostelthematik gut vertraut.

Hr. Freynik, kommissarischer Leiter der Unterbringungsstelle für Geflüchtete im Sozialamt Mitte, stellte zu Beginn der Diskussion klar, dass die Unterbringung durch die Bezirke eine Notunterbringung sei und somit nicht dem Wunsch nach einem gewöhnlichen Wohnraum gerecht werden könne.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einigten sich auf einen grundlegenden Tenor, der der Diskussionsrunde zugrunde lag: die Hostelunterbringung stelle grundsätzlich keine adäquate Unterbringungsform dar und solle auf jeden Fall abgeschafft werden. Es brauche einen starken Fokus auf sozialen Wohnungsbau mit einer gemischten Belegungsstruktur; als best practice wurde die Stadt Wien genannt.

Eine weitere grundlegende Forderung der Anwesenden war die Einrichtung einer gesamtstädtischen Steuerung der Hostels, solange diese noch zur Unterbringung benötigt werden, mit berlinweit einheitlichen Qualitätsstandards. Der Prozess zur Einrichtung einer berlinweiten Steuerung solle dringend beschleunigt werden.

Im diesem Zusammenhang wurde auch der dringende Bedarf nach einer aktuellen Übersicht der berlinweiten Hostelstandorte betont. Der Grund: Die Bezirke belegen über ihre eigenen Bezirksgrenzen hinaus, Statistiken zur Unterbringung der geflüchteten Menschen werden jedoch meist nicht gesondert geführt und es existiert keine systematische bezirksübergreifende Erfassung der Daten. Daher bedarf es der Schaffung einer Datenbank, die alle Hosteldaten erfasst und die ständig aktualisiert

wird. Nur bei Vorliegen von validen Daten könne der systematische Zugang zu den Menschen und die Anbindung an den Sozialraum flächendeckend gelingen.

Die gesamtstädtische Steuerung sei auch Voraussetzung für die Festlegung und Absicherung von berlinweit einheitlichen Qualitätsstandards. Die Standards in den Hostels variieren sehr stark. Zur Absicherung der Qualitätsstandards brauche es regelmäßige Kontrollen, dafür müsse Personal zur Verfügung gestellt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Evin e.V., die im Auftrag des Jugendamtes Mitte Familienberatung an einigen Hostelstandorten im Bezirk anbieten, machten deutlich, dass die Menschen, die in einem Hostel untergebracht sind eine Perspektive brauchen, wie sie aus den Hostels wieder herauskommen. Teilweise wären Menschen schon seit zwei Jahren in einem Hostel, teils mit sehr beengten Verhältnissen, untergebracht.

Die fehlende Sozialarbeit und –betreuung in den Hostels als auch die Konzentration von Personen aus einem Herkunftsland an einem Standort, führe zu „kulturellen Szenen“ und teilweise zur Isolation der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Diskutantinnen und Diskutanten betonten die Notwenigkeit von Sozialarbeit/-betreuung vor Ort. Mit besonderer Sorge wurde der mangelhafte Kinderschutz bei der Hostelunterbringung betrachtet, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Hostels beobachtet haben. Hier brauche es erhöhte Schutzvorkehrungen und Betreuung, bspw. durch mobile Beratungsteams. Dies habe auch den Vorteil, dass gleichzeitig ein „Monitoring/eine Kontrolle“ des Betreiberunternehmens stattfinden könne. Insgesamt wurde der Wunsch geäußert, dass ausreichend Finanzierung für die Arbeit mit der Hostelunterbringung zur Verfügung gestellt werde, bzw. dass sich bestehende Programme, z.B. BENN oder QM, stärker auf die Hostels ausrichten würden.

Überblick

Herausforderungen

- Hostelunterbringung ist eine NOTunterbringung und kann „Wohnraum“ nicht ersetzen
- (bauliche) Kapazitäten fehlen/sind knapp
- besondere Belastung des Bezirksamtes Mitte aufgrund der Geburtsdatenregelung
- Familiennachzug und Nachwuchs
- Kinderschutz oftmals kritisch in den Hostels
- Unterschiedliche Standards in Hostels (positive und negative Beispiele)
- Wie kann die Qualitätskontrolle in freien Unterkünften sichergestellt werden?
- Umgang mit Härtefällen? Vor allem vor dem Hintergrund der Notunterbringung und der fehlenden Kapazitäten
- Umgang mit Hausverboten
- Fehlende Sozialarbeit und -betreuung
- Teilweise Isolation der Bewohner*innengruppen in den Hostels
- Bildung „kultureller Szenen“ in Hostels durch Häufung von Personen aus einem Herkunftsland
- Kein Hygieneschutzgesetz für Hostels
- Wie damit umgehen, wenn Bezirke ihren Verpflichtungen nicht nachkommen?
- Kommunikation zwischen LAF und Bezirken unzureichend
- Fehlende Transparenz

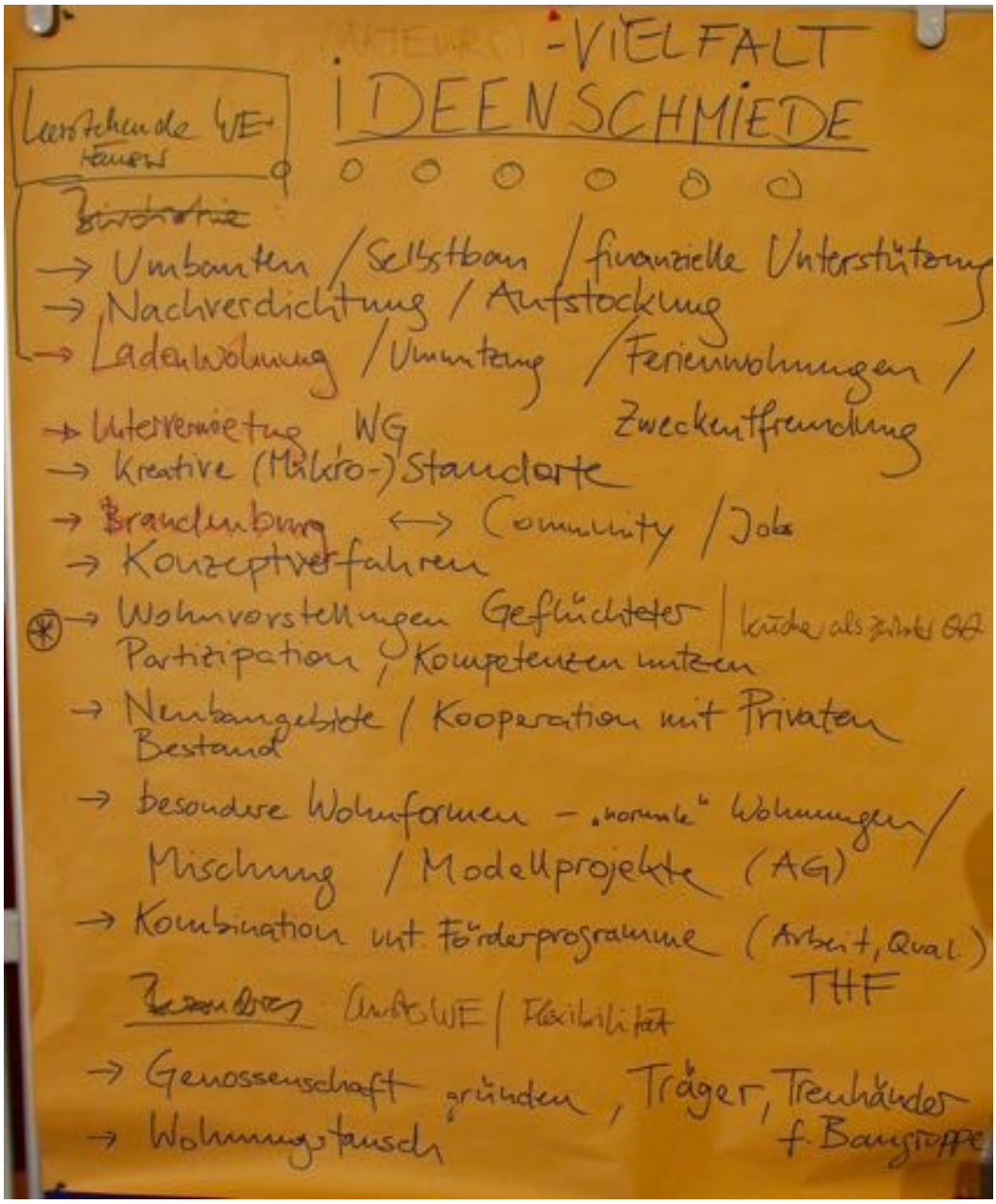
Handlungsempfehlungen

- Hostelunterbringung abschaffen
- Den Personen in den Hostels Perspektiven für dauerhafte Lösungen geben
- Den Fokus auf sozialen Wohnungsbau (Bsp. Wien) mit gemischter Belegungsstruktur richten
- Solange Hostelunterbringung besteht: Gesamtstädtische Steuerung und berlinweite einheitliche Qualitätsstandards. Kontrolle der Standards sichern
- Berlinweite Kooperationen
- Erstellung einer Datenbank, die die berlinweite Hostelunterbringung erfasst und regelmäßig aktualisiert wird
- Bezirk Mitte erfasst Daten, Best practice
- Sicherstellung eines Beschwerdemanagements
- Senatsebene soll Bezirke bei Härtefällen unterstützen
- Sozialarbeit vor Ort installieren: mobile Teams mit aufsuchender Beratung. (Ein Vorteil der mobilen Teams ist ebenfalls ein „Monitoring“ des Betreiberunternehmens)
- Flüchtlingsfürsprecherinnen und -fürsprecher ausweiten
- Ausreichende Finanzierung für die Arbeit, die mit der Hostelunterbringung zusammenhängt
- Besseres Matching sicherstellen: Projekte – Hostels
- Öffnung der Projektförderung für vertragsfreie Unterkünfte
- QM/ BENN / Stadtteilzentren verstärkt einbinden

- Ein regelmäßiges Vernetzungs- und Austauschtreffen für mobile Hostel-Beratungsteams einrichten
- Vernetzung lokaler Akteurinnen und Akteure fördern
- Auf Hostelbetreiber offen zugehen/ Kooperationen schaffen
- Beschwerdemanagement einrichten

Protokoll: Noemi Majer, Flüchtlingskoordinatorin Bezirksamt Mitte von Berlin

Tisch 5 Ideenschmiede – Wege zum Wohnraum neu denken



Ziele

Konkrete Vorschläge sammeln, mit welchen neuen Ideen bezahlbarer Wohnraum mittelfristig geschaffen werden kann. Dabei sollen sowohl Vorschläge zu unkonventionellen Bauprojekten gesammelt als auch nicht-bauliche Strategien diskutiert werden.

Leitfragen

- Auf welchen kreativen Wegen kann mittelfristig bezahlbarer Wohnraum gebaut oder erschlossen werden?
- Wo werden Innovationsbremsen gesehen und wie können diese gelöst werden?
- Was und wen braucht es dafür?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a.

Dr. Anna Steigemann, Senior Researcher, Habitat Unit, TU Berlin
Hr. Strauss, Deutsches Institut für Urbanistik
Herr Ruhnke, Geschäftsführer, GSE gGmbH
Christine Edmaier, Architektin
Dr. Nelle, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V.
Ricarda Pätzold, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Institut für Urbanistik

Protokoll

An diesem Thementisch wurde diskutiert, auf welchen kreativen Wegen im Land Berlin neuer Wohnraum erschlossen werden kann. Und worauf bei der Erschließung neuen Wohnraums geachtet werden muss. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten der Verwaltung und der Politik konkrete Vorschläge an die Hand geben, wie die

gesamtstädtische Wohnraumherausforderung mittelfristig mit neuen Ideen angegangen werden kann. Gleich eingangs berichtete eine Teilnehmerin aus dem Jobcenter Mitte von ihren Erfahrungen. Sie hielt es für dringend notwendig, die WBS-Vergabe zu beschleunigen. Außerdem sieht sie Handlungsspielräume im Bereich „Ladenwohnungen“, hier müsse ein Umbau in Wohnungen gefördert werden. Und: Geflüchteten müsse der Umzug in andere Bundesländer ermöglicht werden. Die Teilnehmerin berichtete auch, dass die Unterstützung Geflüchteter bei der Wohnungssuche noch immer viel zu gering sei. Sie forderte, mehr Integrationlotsinnen und –lotsen einzustellen, die dann auch bei der Vermittlung von Wohnraum behilflich wären.

Frau Dr. Nelle vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung e.V. sagte, dass bei der Wohnraumvermittlung vor allem das Matching, das Zusammenbringen von Interessen, schwierig wäre. Es gebe Wohnraum bei privaten Vermietern, aber die Vermittlung in diesen Bereich wäre stark verbesserungswürdig. Viele potentielle private Vermieterinnen und Vermieter wüssten gar nicht, wie dringend Wohnraum benötigt wird. Mareike Geiling vom Wohnungsvermittlungsportal „Flüchtlinge willkommen“ sagte, dass zur Zeit keine freien Zimmer mehr angeboten würden. Ihrer Meinung nach habe das weniger damit zu tun, dass es zu wenig freie Zimmer gebe, sondern vielmehr mit zunehmendem Rassismus. „Die Stimmung hat sich geändert.“ Vorschläge, Flüchtlinge in Brandenburg unterzubringen, wurden in diesem Zusammenhang mehrheitlich abgelehnt. Der Vorschlag, die illegale Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnung verstärkt zu verfolgen, wurde als richtiger Weg angesehen.
Die Architektin Christine Edmaier führte aus, dass Geflüchtete natürlich mit allen anderen Wohnungssuchenden konkurrieren würden und deshalb auf dem freien Wohnungsmarkt wenig Chancen hätten. Sie plädierte für „Besondere Wohnformen“.

Hier gehe es um folgendes: Da sich die Wohnbedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen immer stärker voneinander unterscheiden und das „normale“, gängige Wohnangebot augenscheinlich den vielfältigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird, brauche es bereits in der Neubauphase Ideen, wie man diesem Umstand gerecht werden kann. Die Diskurse um „besondere“ Wohnformen, die im Allgemeinen um „gemeinschaftliche“ Wohngruppen kreisen, unterscheiden mit Blick auf die Nachfrager zwei „Adressaten-Gruppen“: Diejenigen mit (mittlerem oder hohem) Einkommen, die ihre Lebensvorstellungen innerhalb des vorhandenen Wohnungsangebotes nicht verwirklicht sehen und der Diskrepanz zwischen dem vorhandenen Angebot und ihren eigenen Wohnvorstellungen durch die Entwicklung eigener, besonderer Wohnkonzepte begegnen. Und diejenigen mit Marktzugangsproblemen, die nicht in der Lage sind, sich eigenständig auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen und häufig – auf sich allein gestellt – ihren Alltag nicht bewältigen können. Für beide Typen der Nachfrage können die Themen „Nachbarschaftshilfe, Betreuung und Service“ eine wichtige Rolle spielen – für die Einen als zusätzlicher Luxus oder Komfort und für die Anderen als unabdingbare Voraussetzung einer selbständigen Lebensführung. Frau Edmaier hielt es auch für dringend notwendig, im Bereich der Wohnungsvermittlung bürokratische Hemmnisse radikal abzubauen.

Die Leiterin des Willkommenszentrums Berlin, Nele Allenberg, schlug vor, finanzielle Anreize zu schaffen, damit alleine in großen Wohnungen lebende Personen so umbauen würden, dass eine Untervermietung machbar sei.
Dieter Ruhnke von der Gesellschaft für StadtEntwicklung (GSE gGmbH) stellte ein Konzept vor, bei dem Geflüchtete bei der Planung und beim Bau beteiligt werden könnten. Er schlug vor, Geflüchtete anfangs in einer „Modularen Unterkunft für

Flüchtlinge“ (MUF) unterzubringen. Direkt nebenan könne man dann einen Neubau beginnen. Und die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer – die noch in der MUF wohnenden Geflüchteten – am Bau beteiligen. Dies wäre gleichzeitig eine Möglichkeit, Geflüchtete in Arbeit zu bringen. Und es könne auf die Bedürfnisse der Geflüchteten sehr gut eingegangen werden, da sie bei Planung und Bau direkt beteiligt wären. Im Idealfall könnten bei einem derartigen Bauprojekt auch die Nachbarinnen und Nachbarn einbezogen werden, das würde die Integration fördern, denn gemeinsames Bauen schaffe Verbindungen. Die bisherige Errichtung und Nutzung von MUF in Stadtrandlagen wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern kritisiert. Weitaus klüger wäre es, kleinere MUF in der Stadt zu errichten und dafür bspw. Parkplätze oder ähnliche Freiflächen zu nutzen.
Eine Teilnehmerin schlug vor, Genossenschaften aus Deutschen und Geflüchteten zu bilden, dies wäre ebenfalls vorteilhaft für „Integration von Anfang an“. Auch der Vorschlag, den Dachgeschossausbau zu intensivieren, wurde begrüßt, allerdings mit der Einschränkung, dass dies kompliziert und langwierig wäre.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Wohnungsknappheit letztendlich nur bekämpft werden könne, wenn eine Vielfalt von Maßnahmen ergriffen wird. Auf allen erdenklichen Wegen müsse das Problem angegangen werden.

Protokoll: Stefan Frohloff, Mitarbeiter „Integration im Dialog“

4. Kontaktdaten der Ansprechpersonen im Bezirksamt Mitte von Berlin

Herr Ephraim Gothe
stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung
Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit
Müllerstraße 146
13353 Berlin
Tel.: 030 / 9018-44600
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Herr Stephan Winkelhöfer
Integrationsbeauftragter
Rathaus Tiergarten
Mathilde Jakob Platz 1
10551 Berlin
Tel.: 030 / 9018-33035
integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de

Frau Noemi Majer
Koordinatorin für Flüchtlingsfragen und Leiterin Willkommensbüro
Rathaus Tiergarten
Mathilde Jakob Platz 1
10551 Berlin
Tel.: 030 / 9018-33749
noemi.majer@ba-mitte.berlin.de

Frau Daniela Richter
Koordinatorin bezirklicher Integrationsfonds Willkommensbüro
Rathaus Tiergarten
Mathilde Jakob Platz 1
10551 Berlin
Tel.: 030 / 9018-33747
daniela.richter2@ba-mitte.berlin.de

Herr Niklas Alt
Koordinator für das Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit
Rathaus Tiergarten
Mathilde Jakob Platz 1
10551 Berlin
Tel.: 030 / 9018-33748
niklas.alt@ba-mitte.berlin.de

Redaktion:
Publiplikator
Stefan Frohloff
0178 66 0000 2
dialog@integrationberlin.de

Berliner Flüchtlingsmanagement für eine wachsende Stadt

Neue Heimat Berlin – von der Notunterkunft ins Wohnquartier

Dialog Integration von Flüchtlingen

Was ist 2015 passiert? Aleppo Anfang 2015

4 Millionen Syrer auf der Flucht
Flüchtlingslager im Libanon 2015

Fluchtweg Mittelmeer

Fluchtweg Balkanroute –
Transitlager Gevgelija Mazedonien

Auf dem Bahnhof der mazedonischen Kleinstadt Gevgelija spielen sich chaotische Szenen ab. Bild: SNWP

Aufnahmesituation in Berlin Herbst 2015

November 2015: 600 – 700 Flüchtlinge pro Tag

in 2015 sind 79.272 Flüchtlinge aufgenommen worden

ab November 2015 belegt Berlin auch Turnhallen, zum Jahreswechsel sind 10.000 Flüchtlinge in 60 Turnhallen untergebracht

Flüchtlingsunterkünfte Ende 2015

42.700 Plätze
in über
140 Unterkünften

Im Oktober 2015 beschließt der Senat die Finanzierung von 24.000 Unterkunftsplätzen an 60 Standorten

SenStadtUm entwickelt einen Amtsentwurf für Unterkünfte in modularer Bauweise

SenFin beauftragt eine AG zur Suche geeigneter öffentlicher Grundstücke

Im März 2016 beschließt der Senat einen umfassenden „Masterplan Integration und Sicherheit“ zu allen Belangen der Aufnahme und Integration der Berliner Flüchtlinge

Masterplan Integration und Sicherheit

PHASE 1 ANKOMMEN

> Freizug der Turnhallen
> würdige Unterbringung
> Engagement der Zivilgesellschaft fördern
> medizin. Erstversorgung
> Beschulung in Willkommensklassen

PHASE 2 INTEGRATION

> Integration in das Bildungssystem
> Integration in den Arbeitsmarkt
> Integration in den Wohnungsmarkt

Masterplan Themenfeld Unterbringung und Wohnen

PHASE 1
ANKOMMEN

> Erstaufnahmeeinrichtungen
> Containerdörfer
> Gemeinschaftsunterkünfte

PHASE 2
INTEGRATION

> wohnungsähnliche Unterkünfte
> Vermittlung in Wohnungen

Unterbringung in Bestandsgebäuden

Flüchtlingsunterkunft im ehem. C&A Neukölln (Quelle bild)

Gemischtes Haus im Bestand – Beispiel Chausseestr 54

Umbau im Bestand

Beispiel Rathaus Friedenau

Masterplan Schwerpunkt Neubau

24.000 Plätze an 60 Standorten

> SenStadtUm Abteilung Hochbau
> 6 Städtische WBG
> berlinovo (Projektgesellschaft BEFU)

Modulare Unterkünfte des Berliner Senats „Amtsentwurf“

Modulare Unterkünfte des Berliner Senats „Amtsentwurf“

Städtische WBG 12 Standorte mit 4.800 Plätzen

Modulares Wohnen Kraepelinweg Spandau gewobag

Erstnutzung: 7 Betten

Zweitnutzung: 4-Zimmer-Wohnung

bis zu 25 Standorte der berlinovo / BEFU

Phase 1: Unterkunft Phase 2 : Studentisches Wohnen

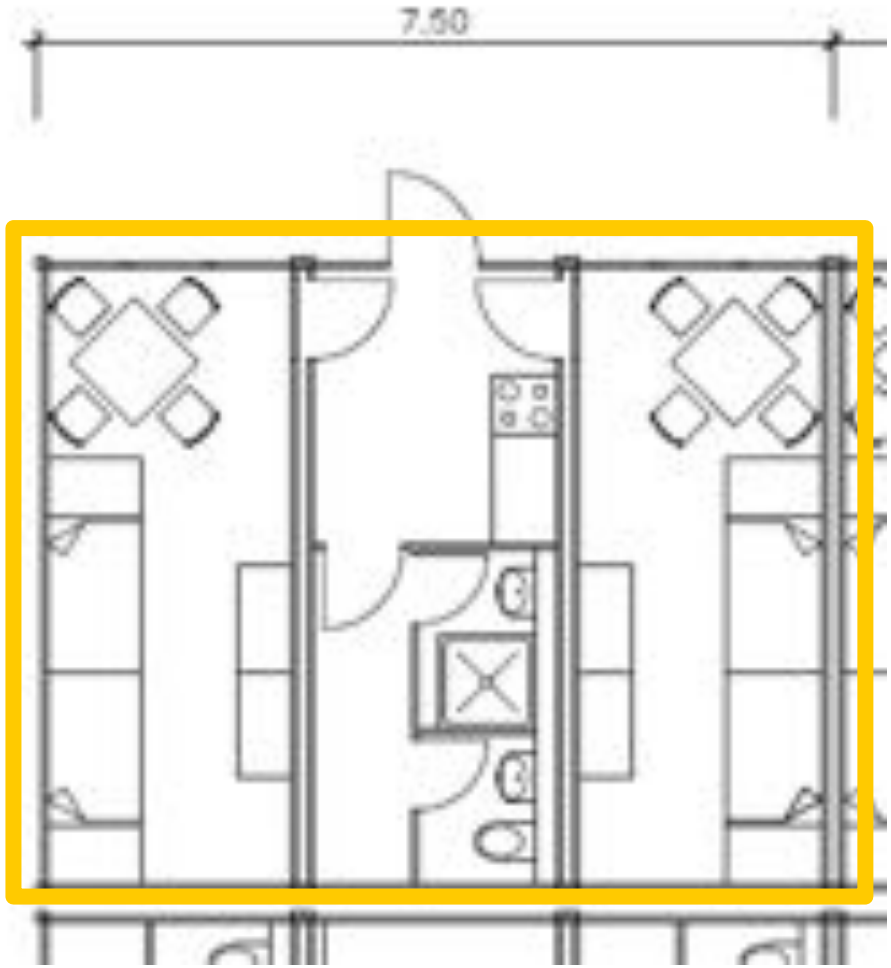
5.000 Apartments für 315 €

Dieses Studentenwohnheim wird in der Storkower Straße in Lichtenberg gebaut. FOTO: PROMO/BERLINOVO

in 2016 sollen Tempohomes mit 15.000 Plätzen an 30 Standorten errichtet werden

nach einem Jahr soll die Belegung halbiert und damit der Standard von Gemeninschaftsunterkünften erreicht werden

tempohome – 3 Container = 1 Wohnung – 4 bis 8 Personen



„Wohnen für Flüchtlinge“
WfF – Kooperationsvertrag mit den 6 Städtischen Wohnungsbaugesellschaften

550 Wohnungen pro Jahr an Flüchtlingsfamilien

„EJF – Vertrag“ Beratungsstelle Wohnungen für Flüchtlinge

Lageso und dem Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk

Jetzt nur noch zwischen Bezirk Mitte und EJF

Mitwohninitiativen - Flüchtlinge Willkommen – place4refugees

Flüchtlinge in Privatwohnung

Quelle: faz.net

Wohnungen für das wachsende Berlin

Bestand der Städtischen von 300.000 auf 400.000 Wohnungen vergrößern

20.000 neue Wohnungen pro Jahr

Kooperative Baulandentwicklung
30% Sozialwohnungen bei großen Projekten

Flüchtlingsprognose alt und Beschlusslage Senat neu März 2016

2015	50.000	ist 55.001	
2016	50.000	24.000	ist 16.681
2017	50.000	24.000	
2018		12.500	
2019		12.500	

> Familiennachzug? > Freizügigkeit?

Situation im Bezirk Mitte

Seit 2015 9.507 Flüchtlinge mit Aufenthaltsstatus (Statusgewandelte) im Sozialamt Mitte

Januar 2018 6.452 Statusgewandelte
davon rund 1.600 in ca. 40 Hostels untergebracht

hierfür neue Qualitätsstandards definiert

nur noch 5 LAF Einrichtungen in Mitte

Situation im Bezirk Mitte

Neue Qualitätsstandards für Hostels und Unterkünfte in Mitte:

> Mindestquadratmeterzahl

> Ausstattung der Wohnräume

> Gemeinschaftsräume

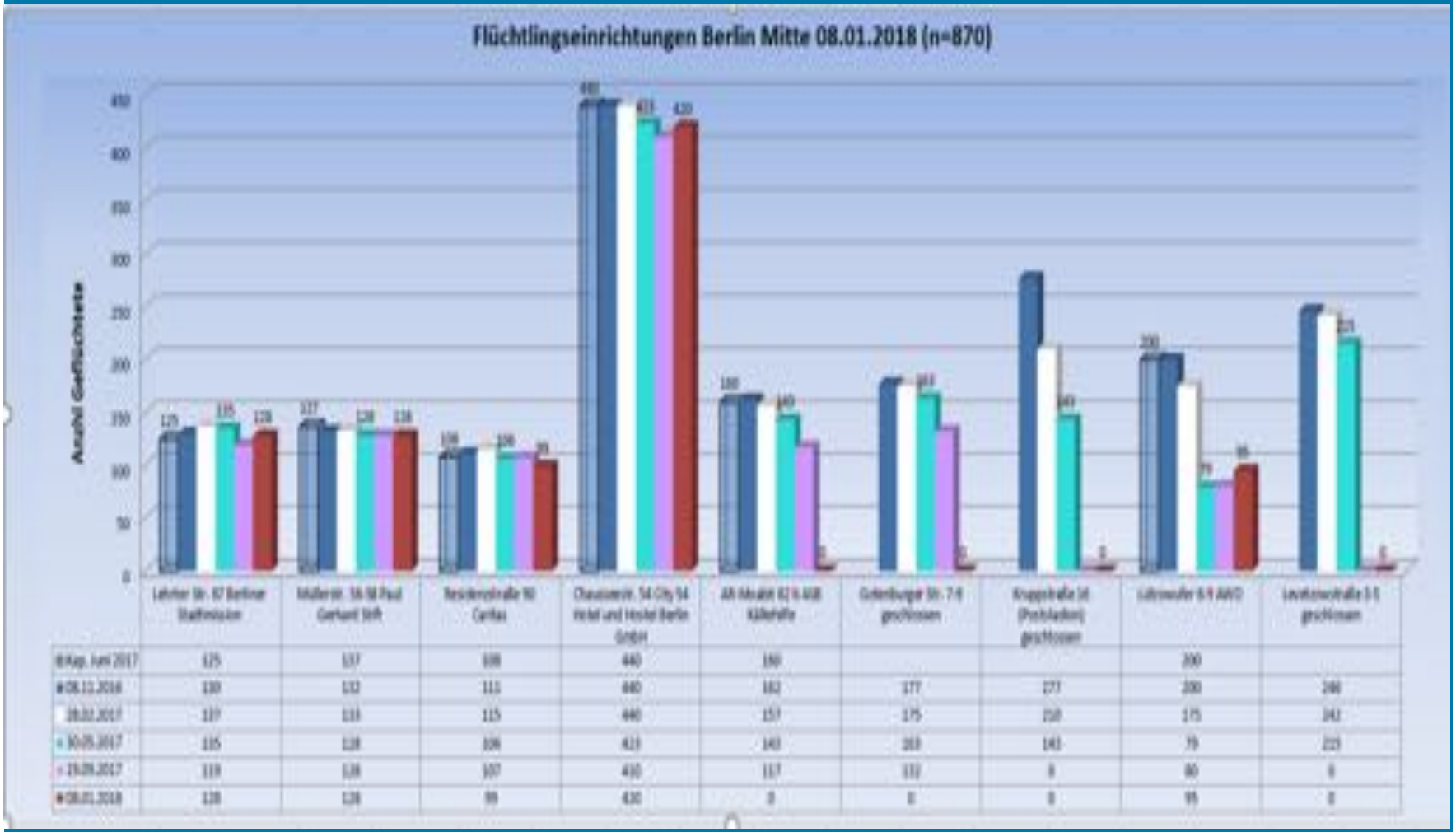
> Kindersicherheit

> Küchen

> Reinigung, Beleuchtung, Waschmaschinen

> Sanitär- und Waschräume

> Sicherheits- und Betreuungskonzept



Kap. Juni 2017	125	137	108	440	160			200	
08.11.2016	130	132	111	440	162	177	171	200	246
28.02.2017	137	133	115	440	157	175	210	175	242
30.05.2017	135	128	106	423	140	203	140	79	223
29.09.2017	119	128	107	431	117	132	0	80	0
08.01.2018	128	128	95	420	0	0	0	95	0

LAF Einrichtungen in Mitte

Stand Januar 2018	Personenzahl
Stadtmission Lehrter Straße	128
Paul Gerhardt Stift Müllerstraße	128
Caritas Residenzstraße	99
Hostel Berlin Chausseestraße	420
AWO Lützowufer	95
	870

Größte administrative Baustellen

Bezirkszuständigkeit nach Geburtsdatumsprinzip ist kontraproduktiv (deshalb RdB Antrag)

keine gesamtstädtische Steuerung aller Flüchtlingsunterkünfte (deshalb 40 Hostels)

Zuständigkeiten in den Ämtern des Bezirks Jug, Soz, Schul, Ges, IB unterschiedlich geregelt (deshalb 14tägig Steuerungsrunde Gelüchtete)

Größtes inhaltliches Thema: die Vermittlung normalen Wohnraums

Neue Standorte in Mitte:

> aktives Suchen

> nur wohnungsähnliche Bautypologien

> maximal 250 Personen

> bevorzugt gemischte Konzepte

> Barfusstraße
> Gotenburger Straße
> Wiesenburg
> Diesterweggymnasium
> Triftstraße
> Amrumer Straße
> Rathenower Straße
> Haus der Statistik

400.000 städtische Wohnungen !

höhere Vermittlungsquote !

Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft !

Neubau auch in Mitte !

Wohnungsbau statt Unterkünfte !

kleinere Einrichtungen bis 200 Plätze !

Gemischte Strukturen bevorzugt !

Ortsprinzip für die ganze Verwaltung !

gesamtstädtische Steuerung !

So gelingt Integration!

WOHNBRÜCKE

Anas Agol, 31 Jahre

- BWL-Absolvent aus Aleppo
- Flucht 2013
- Monatelanger Aufenthalt in öffentlicher Unterbringung
- Seit 2014 eigene Wohnung – eigenes Leben

Foto:privat

WOHNBRÜCKE

ifu

Runder Tisch
„Integrative Flüchtlingsunterbringung“
Hamburg, April – September 2015

- Willkommensinitiativen
- Stiftungen
- Mieterverbände
- Wohlfahrtsverbände
- Kirche
- Behörden (BASFI, BSW)
- Immobilienverbände + Wohnungswirtschaft (u.a. IVD, VNW)
- Investitions- und Förderbank
- fördern & wohnen (städtischer Betreiber von Flüchtlingsunterkünften, Erstaufnahmen + FU)

WOHNBRÜCKE

Ziele der Wohnbrücke

- praktische Hilfe bei der Vermittlung von Wohnraum an geflüchtete Menschen
- Selbständigkeit und Eigenverantwortung der neuen Mieter und Nachbarn unterstützen und fördern
- bestehende Strukturen sinnvoll ergänzen
- vorhandene Angebote einbinden
- Ängste bei Vermietern und Nachbarn ernst nehmen und abbauen
- soziale Begegnungen initiieren

WOHNBRÜCKE

Wie werden diese Ziele erreicht?

Die Wohnbrücke akquiriert und vermittelt **Wohnungen** mit unbefristeten Mietverträgen an **geflüchtete Menschen**.

Die Mietverhältnisse werden **durch** geschulte **ehrenamtliche Lotsen begleitet**, die die Neumieter unterstützen. Sie sind zusätzlicher Ansprechpartner für Vermieter und Nachbarn.

Das Konzept wird in Hamburg mit zwei Kooperationspartnern umgesetzt:

•Lawaetz-wohnen&leben gGmbH

•Paritätischer Wohlfahrtsverband

Foto: Wohnbrücke

WOHNBRÜCKE

Welche Wohnungen werden vermittelt?

Die Wohnbrücke vermittelt

- **abgeschlossene Wohnungen** aller Größen. Keine WG-Zimmer oder gefangene Wohnungen.
- Mit **unbefristetem Mietvertrag**.
- In Hamburg ca. 70 % **Privat-Vermieter** mit wenigen Wohneinheiten im Bestand (z.B. Einliegerwohnung, kleines Mehrfamilienhaus)
- Auch institutionelle Vermieter, z.B. kleinere Baugenossenschaften

Foto: Wohnbrücke

WOHNBRÜCKE

Welche Mieter kommen in Frage?

Mieter sind **geflüchtete Menschen**, die die folgenden Kriterien erfüllen:

- **Von Ehrenamtlichen begleitet**, z.B. über Willkommens-Initiative, Patenorganisation, Kirchengemeinde
- **Bleibeperspektive** (6 Monate +)
- Geklärte **Mietzahlung**
- Erste **Deutschkenntnisse**
- Zur Zeit der Vermittlung **in öffentlicher Unterbringung** vor Ort **lebend**

Foto: Wohnbrücke

WOHNBRÜCKE

Wer sind die Wohnungslotsen?

Jeder Erwachsene, der

- bereits als ehrenamtlicher Pate, Mentor oder Begleiter **aktiv und** in einer Willkommens-Initative oder Patenorganisation **vernetzt** ist,
- **eigene Erfahrungen** als Mieter oder Vermieter in Deutschland hat,
- bereit und in der Lage ist, mindestens ein Jahr lang das Mietverhältnis seines Paten und dessen Haushalt zu begleiten

kann sich zur **Schulung zum Wohnungslotsen** anmelden.

In vielen Fällen bereits dadurch Erfolg auf dem freien Wohnungsmarkt.

WOHNBRÜCKE

Was haben die Mieter davon?

Foto: Wohnbrücke / Doris Karla Mehnert

Die Wohnbrücke bietet ergänzend **freiwillige einwöchige Mieterschulungen** auf einfachem Deutsch-Niveau an.

- nach meist langem Aufenthalt in öffentlicher Unterbringung in unserer Gesellschaft **ankommen und den Alltag wieder selbst gestalten**.
- durch täglichen Kontakt im Treppenhaus, beim Einkaufen und weiteren Aktivitäten in der direkten Nachbarschaft **schnell Deutsch lernen und sich ein soziales Umfeld aufbauen**.
- Schnelle Integration.

WOHNBRÜCKE

Was haben Vermieter davon?

- Passgenaue Mieter ohne Aufwand finden (bis zu 3 Vorschläge)
- Sichere Mietzahlung (in der Regel durch das Job-Center)
- Zusätzlicher Ansprechpartner mit engem Kontakt zu den Mietern und regelmäßigen Besuchen in der Wohnung

- Bei Konflikten zusätzliche Beratung /Unterstützung durch die Wohnbrücke und ihr Netzwerk
- Unterstützungsfonds
- Das gute Gefühl, aktiv zur Integration von sozial unterstützungsbedürfigen Menschen beizutragen

WOHNBRÜCKE

Was haben Wohnunglotsen davon?

- Anerkennung und Unterstützung ihres großartigen Engagements
- Basis- und Vertiefungs-Schulungen mit gezielten und ganz praktischen Informa-tione die bei der Begleitung helfen.

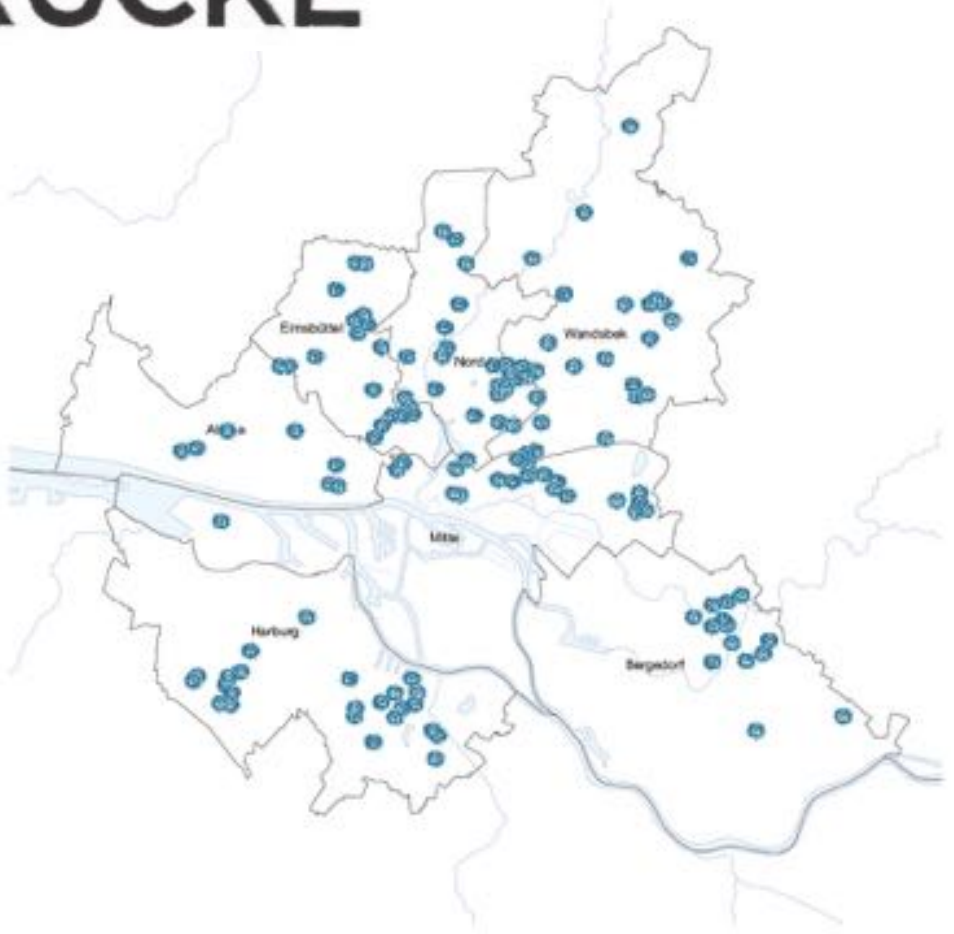
Foto: Wohnbrücke

Foto: Wohnbrücke

- Vernetzung der Wohnungslotsen
- Konkrete Wohnungsangebote Haushalt.
- Bei Konflikten zusätzliche Beratung/ Unterstützung durch die Wohnbrücke und ihr Netzwerk

WOHNBRÜCKE

Erfolge in Hamburg



- 433 geflüchtete Menschen in unbefristet vermieteten Wohnungen im gesamten Hamburger Stadtgebiet vermittelt.
- Über 400 ehrenamtlich Engagierte aus ca. 40 Hamburger Willkommens-initiativen zu Wohnungslotsen geschult.
- Mind. 25 % der Lotsen erfolgreich auf dem freien Wohnungsmarkt, ohne dass die Wohnbrücke eine Wohnung vermittelt hat.
- Über 96 % der Vermieter akzeptieren den ersten Mietervorschlag.

(Stand: 31.01.2018)

WOHNBRÜCKE

Was hat die Stadt davon?

- **Akquise von Wohnungen** insbesondere privater Vermieter, die z.T. auf dem Wohnungsmarkt gar nicht angeboten werden würden,
- **Keine Ghettoisierung** von vordringlich Wohnungssuchenden, sondern gute, integrativ wirkende Verteilung über alle Stadtteile.
- Erhebliche **Ersparnis** bei öffentlicher Unterbringung.
- **Stärkung und Verstetigung des ehrenamtlichen Engagements** in der Stadt.
- Ergänzung vorhandener Angebote, keine Konkurrenz zu bestehenden Strukturen

Grafik:: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

WOHNBRÜCKE

Bundesweite Anerkennung:

Foto: Bundesregierung / Breloer

Bundessieger 2017 bei startsocial hilfe für helfer

Teilnehmer DEUTSCHER INTEGRATIONS PREIS 2018

Integrationspreis 2017 der Stadtentwicklungsinitiative „Soziale Stadt“ (Nominierung)

Integrationspreis 2017
Zusammenleben mit neuen Nachbarn
nominiert

Foto: Jann Wilken

WOHNBRÜCKE

Ausblick

- **Skalierung des Konzepts als social franchise** in Planung (Beratungsstipendium bei startsocial 2017 / 2018)
- **Lokaler Träger** setzt das Konzept vor Ort um – mit genügend Freiraum, die einzelnen Bausteine auf lokale Gegebenheiten anzupassen.

„Seit ich eine eigene Wohnung habe ist Deutschland für mich ein Zuhause geworden.“

Anas Agol, 31 Jahre, BWL-Absolvent aus Syrien

WOHNBRÜCKE

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

So gelingt Integration!